



Konrad
Adenauer
Stiftung



KRISENPRÄVENTION UND KONFLIKTBEARBEITUNG

ERFOLGREICHE BEISPIELE AUS DER WELTWEITEN
PROJEKTARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG



Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
D-10907 Berlin

Redaktion

Andrea Kolb

Text

Christian Opitz
Andrea Kolb

www.kas.de

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

*Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der
Konrad-Adenauer-Stiftung.*

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

*Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik
Deutschland.*

Printed in Germany.

INHALT

7 | EINLEITUNG

9 | 1. KAS UND KRISENPRÄVENTION

10 | 2. LÄNDERBEISPIELE

2.1. Beispiel der Gewaltprävention: Afghanistan.....	10
<i>Projektbeispiel</i>	10
<i>Entwicklungspolitischer Kontext</i>	11
2.2. Beispiel der Mediennutzung: Kolumbien.....	11
<i>Projektbeispiele</i>	12
<i>Entwicklungspolitischer Kontext</i>	13
2.3. Beispiele der Frauenförderung: Senegal.....	14
<i>Projektbeispiel</i>	14
<i>Entwicklungspolitischer Kontext</i>	15
2.4. Beispiele der Vergangenheitsaufarbeitung: Ukraine und Russland.....	15
<i>Projektbeispiele</i>	15
<i>Entwicklungspolitischer Kontext</i>	15
2.5. Beispiel des interreligiösen Dialogs: Bosnien-Herzegowina.....	16
<i>Projektbeispiel</i>	16
<i>Entwicklungspolitischer Kontext</i>	17

EINLEITUNG

Die deutsche Bundesregierung hat Krisenprävention und Friedenskonsolidierung im Jahr 2000 offiziell zu Zielen ihrer Außen- und Entwicklungspolitik erklärt. Sie will dazu beigetragen, in potenziellen Krisen- und Konfliktgebieten der gewaltsamen Austragung von Konflikten frühzeitig vorzubeugen, die Ausweitung bereits ausgebrochener Gewalt einzudämmen und nach dem Ende bewaffneter Auseinandersetzungen durch effektive Maßnahmen der Friedenskonsolidierung und des Wiederaufbaus einen erneuten Ausbruch der Gewalt zu verhindern.

Im Gesamtkonzept der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ von April 2000 wird festgehalten: *„Zivile Krisen- und Konfliktbewältigung erfordern eine national und international koordinierte, auf die jeweilige Situation zugeschnittene politische Gesamtstrategie, die Instrumente insbesondere der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt-, Kultur- und Rechtspolitik verzahnt. Sie bedarf individueller Lösungsansätze und einer sorgfältigen Koordination, auch zwischen militärischen und zivilen Mitteln. Nichtstaatliche Akteure sollten so weit wie möglich einbezogen werden.“*

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) setzt sich seit über fünfzig Jahren weltweit für die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Durchsetzung sozialer und marktwirtschaftlicher Strukturen sowie die Verwirklichung der Menschenrechte ein. Durch Maßnahmen der politischen Bildung leistet sie einen Beitrag zur Verbesserung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Lebensgrundlagen.

Die KAS ist überzeugt davon, dass Demokratieförderung ein zentrales Element zur dauerhaften Beilegung gewaltsamer Konflikte und für wirtschaftliche Entwicklung ist. Erfahrungsgemäß sind demokratisch verfasste Gesellschaften eher als andere in der Lage, Entwicklungsprobleme zu erkennen, Lösungsstrategien zu entwickeln und politisch umzusetzen.

Aufbauend auf dem Gesamtkonzept der Bundesregierung (2000) konkretisiert der Aktionsplan des Auswärtigen Amtes „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ (2004) methodische Ansätze der Krisenprävention und Handlungsfelder. Demokratisierungshilfe stellt seit 1998 einen neuen Schwerpunkt in der deutschen Außenpolitik dar: *„Demokratisierungshilfe ist ein Beitrag zur Konsolidierung und Stärkung junger Demokratien und Teil einer Konflikt vorbeugenden Diplomatie. Sie erfolgt in erster Linie durch Wahlhilfe sowie internationale Wahlbeobachtung. Daneben werden aber auch Innen- und Justizbehörden, Medien und Nichtregierungsorganisationen sowie die Parlamente bei Maßnahmen und Projekten unterstützt, die der demokratischen Entwicklung in den Partnerländern dienen.“*

„Neben den genannten staatlichen Durchführungsorganisationen arbeiten nicht-staatliche Institutionen der deutschen EZ auf dem Gebiet von Demokratisierung und verantwortlicher Regierungsführung. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei die Arbeit der politischen Stiftungen. Die Stiftungen pflegen langfristige Beziehungen zu Parteien und Parlamenten, zu politischen Eliten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen nichtstaatlichen Partnern vor Ort. Schwerpunkte liegen je nach Stiftung u.a. bei der Stärkung nationaler Parlamente, politischer Beratung, regionaler Integration und Dezentralisierung. Das Angebot umfasst z.B. den politischen Dialog mit den Partnern, politische Bildung und Politikberatung, Informations- und Studienprogramme, Konferenzen, aber auch Personal- und Sachmittelförderung.“

„Die Bundesregierung fördert eine Medienpolitik, die auf den Abbau von Feindbildern, interkulturellen Dialog und friedliche Konfliktlösung ausgerichtet ist. Politische Stiftungen helfen lokalen Medien, ihre aufklärerische Rolle als Vermittler von Information im demokratischen Entwicklungsprozess wahrzunehmen.“

Auch die Entwicklungspolitik hat sich Krisenprävention zu einer ihrer Aufgaben gemacht. Beim „Übersektoralen Konzept für Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung“ (ÜSK) des BMZ (Juni 2005) handelt es sich um ein sektorübergreifendes Konzept, das Krisenprävention zu einem Querschnittsthema der deutschen Entwicklungszusammenarbeit macht. Ziel ist es, in den Kooperationsländern zur Verhinderung und zum Abbau struktureller Ursachen von Konflikten sowie zur Förderung von Mechanismen gewaltfreier Konfliktbearbeitung beizutragen.

Wie auch im Aktionsplan des Auswärtigen Amtes heißt es im ÜSK, dass *„neben staatlichen Instrumenten die nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit in der Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung eine besondere Rolle spielt.“*

„Einige der politischen Stiftungen, kirchlichen Dienste und NRO verfügen bereits über langjährige Erfahrungen und eigenständige Konzepte im Bereich Konfliktbearbeitung und Friedensförderung. Ihre Ansätze sind besonders dort relevant, wo staatliche Entwicklungszusammenarbeit aufgrund politischer Sensibilität nicht zum Einsatz kommen kann, Vorhaben der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit ein zu großes finanzielles und personelles Volumen erreichen oder der Einstieg für umfangreichere Ansätze durch nichtstaatliche Ansätze unterstützt werden kann. Dies ist u.a. der Fall bei der Förderung von Sicherheitssektorreformen.“

1. KAS UND KRISENPRÄVENTION

Alle Projekte der KAS im entwicklungspolitischen und konfliktgeprägten Umfeld sind krisenpräventiv ausgerichtet. Die meisten Konflikte sind politisch begründet. Durch einen regelmäßigen politischen Dialog können verschiedene Interessensgruppen einer Bevölkerung ihre Positionen zu strittigen politischen Fragen miteinander austauschen und Problemlösungen gemeinsam entwickeln und durchsetzen.

Durch die friedliche Konsensbildung kann so potenziell gewaltsamen Konflikten (Übergriffen, Aufständen, Putsch etc.) vorgebeugt werden. Dialog und Abstimmung als Instrumente eines demokratischen Systems tragen zur politischen Stabilisierung bei, indem sie friedliche Alternativen zur gewaltsamen Austragung von Konflikten bieten. Politische Stabilität ist Grundvoraussetzung für die Stabilisierung der allgemeinen Sicherheitssituation.



Der politische Dialog ist somit das grundlegende Instrument der KAS zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Die Stiftung versteht sich hierbei als Mittlerorganisation. Gleichmaßen werden durch die Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, freier Medien und des wirtschaftspolitischen Dialogs Rahmenbedingungen geschaffen, in denen Krisen und Konflikte besser bearbeitet oder im Vorfeld verhindert werden können (zunehmendes Mitspracherecht der Bevölkerung, freie Wahlen, Vertretung von Interessen durch Repräsentanten, freie Meinungsäußerung, Rechtsprechung, die zu mehr Gerechtigkeit führt).

Für alle Maßnahmen der KAS im konfliktgeprägten Umfeld gilt die Grundregel „do no harm“ (Mary B. Anderson). Nach diesem Prinzip sollen nicht beabsichtigte Folgen von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und humanitärer Hilfe sowie ungewollte Konfliktverschärfungen frühzeitig erkannt und abgefedert werden.

Je nach Land und dessen Bedürfnissen sind die Maßnahmen der Stiftung direkt oder indirekt krisenpräventiv ausgerichtet. Eine direkte krisenpräventive Ausrichtung haben beispielsweise Projekte der KAS in Afghanistan („working on conflict“ = ein Konflikt wird direkt bearbeitet). Indirekt werden Konflikte bearbeitet oder wird ihnen vorgebeugt durch Aufarbeitung der Vergangenheit, Förderung der Medien sowie der Chancengleichheit von Frauen und durch interreligiösen Dialog („working in conflict“ = Maßnahmen finden in einem Konfliktumfeld statt).

Während in Regionen mit *geringem* oder *erhöhtem* Präventionsbedarf die Projektarbeit in bestehende Strukturen eingebunden werden kann, müssen in *akuten* Krisen- und Nachkriegsländern staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen meist erst wieder aufgebaut werden. Die KAS führt krisenpräventive Maßnahmen sowohl mit kommunalen, regionalen und nationalen Partnern durch wie auch auf Länder übergreifender Ebene.

2. LÄNDERBEISPIELE

2.1. BEISPIEL DER GEWALTPRÄVENTION: AFGHANISTAN

Das Selbstmordattentat als taktisches Kriegsmittel, angewandt von terroristischen Gruppierungen gegen meist überlegene Gegner, rückte mit den Terroranschlägen am 11. September 2001 in das Blickfeld der internationalen Aufmerksamkeit.

Seit dem anschließenden militärischen Engagement der internationalen Gemeinschaft erlebte auch Afghanistan einen kontinuierlichen Anstieg von extremistischen Selbstmordattentaten, die besonders infolge der Parlamentswahlen 2005 ein Besorgnis erregendes Ausmaß erreicht haben. Für die vermeintlich geschlagenen Taliban-Kämpfer ist diese asymmetrische Kriegsführung nicht nur in ihrer Effektivität der gezielten Tötung alliierter Soldaten und afghanischer Zivilisten wichtig. Sie können mit dieser Strategie einerseits weiterhin ihre Präsenz und Stärke im Land zeigen, sowie andererseits ein Klima der Angst schüren, in dessen Folge die Regierung für die instabile Sicherheitslage verantwortlich gemacht wird, sodass deren Rückhalt in der Bevölkerung weiter schwindet.

Doch der Verlust der öffentlichen Sicherheit stellt nicht nur für die politischen Verantwortlichen eine ernste Herausforderung dar, denn die Instrumentalisierung des islamischen Glaubens seitens der Extremisten verlangt auch von der afghanischen Geistlichkeit eine entschiedene Reaktion. In der Folge setzten sich moderate Mullahs schon seit Jahren kritisch mit der Ideologie des Selbstmordattentats auseinander. Die Taliban versuchen jedoch mit der Verbreitung von Angst und Schrecken im Meinungsstreit über die Vereinbarkeit von Islam und Selbstmordattentat ihre Gegner zunehmend zum Schweigen zu bringen und somit die Interpretationshoheit über den Islam an sich zu reißen. Angesichts von über 30 getöteten Islamgelehrten trauen sich nur noch wenige hochrangige Theologen, öffentlich gegen die selbsternannten Prediger der Selbstmordideologie Stellung zu beziehen.

Projektbeispiel

Die Konrad-Adenauer-Stiftung trägt mit ihrem Projekt „Das Selbstmordattentat – eine Straftat gegen den Islam?“ zur Ächtung des extremistischen Suizids als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Islam bei. Im Rahmen dieser Initiative wurde in Kabul ein einwöchiges Seminar veranstaltet, in dem sich anerkannte Islamologen aus Afghanistan, Europa und der arabischen Welt durch ihre unterschiedlichen Perspektiven mit der zentralen Fragestellung intensiv auseinandersetzten, inwieweit die extremistischen Kräfte den Islam für ihre Ziele missbrauchen. Als Schirmherr wurde hierzu der afghanische Senatspräsident, zugleich Vorsitzender der nationalen Friedenskommission, gewonnen.



Plakat einer KAS-Sensibilisierungskampagne verurteilt Selbstmordanschläge als „unislamisch“, Afghanistan

Die Teilnehmer verfassten eine islamologisch fundierte Stellungnahme, die die Frage der Vereinbarkeit eindeutig behandelte und beantwortete: die in den Landessprachen veröffentlichte *Kabuler Resolution zur Ächtung des Selbstmordattentates*. Dieses Manifest wurde zusätzlich von einer multi-medialen Pressekonferenz und einem 60sekündigen Fernseh- und Radiospot zur landesweiten Ausstrahlung, sowie von einer umfassenden Plakat-Aktion im Raum Kabul umrahmt und verstärkt. Somit wurde die Thematik nicht nur akademisch behandelt, sondern versucht, mit der medialen Verbreitung eine möglichst große Resonanz in der Bevölkerung zu erreichen und speziell die afghanische Jugend für dieses Thema zu sensibilisieren.

Ferner initiiert die Konrad-Adenauer-Stiftung fortlaufende Gespräche zwischen angesehenen Teilnehmer des Seminars, rechtswissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen Studenten der Universität Kabul, ausgewählten Schülern bekannter traditioneller Religionsinstitute und mit den Imamen der großen Moscheen. Dieser angeregte Dialog mit den gebildeten und aufgeschlossenen Islamologen stellt einen bedeutenden Schritt in der nationalen Konfliktbearbeitung dar, wurde doch die Einbindung dieses wichtigen Personenkreises in dem vorrangig von außen gesteuerten Demokratisierungsprozess bisher vernachlässigt.

Dieses Projekt hat in erster Linie symbolische Kraft. Konflikt mindernde Wirkungen können bestenfalls mittel- bis langfristig eintreten. Indem man der angstvoll schweigenden Mehrheit eine Stimme gegen den islamistischen Terror gibt, wird mittel- und langfristig eine breite gesellschaftliche Friedensdynamik angestoßen, mit deren Hilfe eine wirksame Krisenprävention möglich ist. Ziel bleibt gegenwärtig zunächst die Aufklärung der Bevölkerung. Ob sich die Zahl der Selbstmordanschläge tatsächlich verringern wird, bleibt jenseits des Einflussbereichs der KAS.

Entwicklungspolitischer Kontext

Der von der Konrad-Adenauer-Stiftung angestoßene Dialog über die islamische Selbstbestimmung in Afghanistan muss auf einer akademischen, theologischen und vor allem allgemeinverständlichen Ebene geführt werden. Deshalb sind die Initiativen ein wichtiger Anfang zu einem dringend notwendigen gesellschaftlichen Diskurs über die Rolle des Islams im zukünftigen Afghanistan. Während sich die Extremisten der Taliban einer sachlichen Argumentation mit Gewalt entziehen, ist es umso wichtiger, die aufgrund vielfältiger Fehler im militärischen und politischen Vorgehen gewachsene Anzahl von Sympathisanten mit einzubeziehen.

Stabilisierung und Entwicklung können in Afghanistan nicht allein mit militärischen Mitteln eintreten. Eine Strategie zur nachhaltigen Friedenskonsolidierung muss daher die stärkere Unterstützung der moderaten islamischen Kräfte beinhalten, sodass deren Botschaft von Frieden und Toleranz einen zentralen Platz im afghanischen Diskurs einnehmen kann.

Indem sich die Bevölkerung deutlicher von den Anschlägen öffentlich distanziert, kann dem versuchten Ziel der gewaltvollen Destabilisierung die gesellschaftliche Akzeptanz entzogen werden. Alle demokratischen Kräfte müssen also mit einer klaren und eindeutigen Positionierung des Islams als Friedensstabilisator helfen, die ideologischen Barrieren innerhalb der afghanischen Gesellschaft zu überbrücken.

Kontakt:

KAS-Länderbüro Afghanistan

Auslandsmitarbeiter: Dr. Babak Khalatbari

Babak.Khalatbari@kas.de

2.2. BEISPIEL DER MEDIENNUTZUNG: KOLUMBIEN

Kolumbien leidet seit fast fünf Jahrzehnten unter einem blutigen Binnenkonflikt. Dieser geht ursprünglich aus sozialen und politischen Missständen hervor, hat sich aber in den vergangenen Jahren vom Wesen her stark verändert. Waren es anfangs soziale Ziele, für welche die linken Guerilla-Gruppen vorgaben einzutreten, um die extrem ungleiche Einkommensverteilung und das oligarchisch-exklusive politische System zu bekämpfen, so haben sich die Interessen aller am Kampf beteiligten Gruppen inzwischen völlig auf den Drogenhandel konzentriert.

Prinzipiell stehen sich mehrere Akteure gegenüber.

Der kolumbianische Staat: Er war traditionell schwach und konnte besonders in den Regionen sein Gewaltmonopol nicht durchsetzen. In den vergangenen Jahren unter dem aktuellen Präsidenten Alvaro Uribe (seit 2002) haben die staatlichen Institutionen, besonders Militär und Polizei, merklich an Kraft gewonnen und zahlreiche Landstriche von den illegalen Gruppen zurück erobert. Die Sicherheitslage großer Teile der Bevölkerung hat sich erheblich verbessert. Dennoch halten Banden verschiedener Art weiterhin große Regionen unter ihrer Kontrolle.

Die Guerilla: Die zwei bekanntesten Gruppen sind die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) und das Nationale Befreiungsheer (ELN). Die FARC, die

etwa 15.000 Kämpfer zählen, haben bisher keine Zeichen für eine politische Verhandlungslösung erkennen lassen. Sie finanzieren sich durch Entführungen, Erpressungen und Drogenhandel. Ähnlich arbeitet das ELN, mit dem die Regierung auf Kuba jedoch seit einiger Zeit Verhandlungen führt. Mehrfach war man kurz vor einem Waffenstillstand, aber die Gespräche sind ins Stocken geraten.

Die Paramilitärs: Sie wurden vor allem durch Großgrundbesitzer in den 1980er Jahren gegründet, weil der Staat ihr Leben und Eigentum nicht gegen die FARC schützen konnte. Daraus entwickelten sich die Vereinigten Selbstverteidigungstruppen Kolumbiens (AUC), die in ihrem gewalttätigen Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung den Guerilla-Gruppen in Nichts nachstanden, sie sogar häufig übertrafen. Unter der Regierung Uribe haben sich offiziell etwa 32.000 Paramilitärs entwaffnet. Nur noch wenige Einheiten sind aktiv. Allerdings ist bisher nicht sicher, ob diese Entwaffnung von Dauer sein wird und wie viele Kämpfer wieder in die Gewaltspirale zurückfallen.

Zu *anderen gewalttätigen Gruppen* zählen konventionelle Drogenbanden sowie neue Einheiten, die sich aus ehemaligen Paramilitärs zusammensetzen, deren Resozialisierung gescheitert ist. Unterschiedliche Quellen sprechen von 5000 bis 9000 Kämpfern in diesen neuen Gruppen. Diese haben jedoch nicht mehr als Ziel, die Guerilla zu bekämpfen, sondern durch Drogenhandel, Entführungen etc. Geld und Macht zu erhalten.

Leidtragende des Konflikts sind in erster Linie Bauern und andere Bewohner ländlicher Regionen. Inzwischen wird mit drei Millionen ein neuer Rekord von Binnenflüchtlingen gezählt. Das ist die höchste Zahl in einem Land, welche die UN-Menschenrechtsorganisation UNHCR 2006 weltweit betreut hatte. Trotz der großen Probleme hat Kolumbien in den vergangenen Jahren überraschende Fortschritte gemacht. Die FARC hat schwere militärische Rückschläge erlitten, die Mord- und Entführungsrate sind drastisch gesunken, die Wirtschaft hat Vertrauen und Dynamik gewonnen und die Hauptverkehrsstraßen sind in weiten Regionen sicher befahrbar. Nun liegt viel daran, ob die Demobilisierung der Paramilitärs gelingt, oder ob die neuen und alten bewaffneten Gruppen sich untereinander den Drogenhandel aufteilen und die staatlichen Institutionen in den Regionen unterhöhlen durch Einfluss auf politische Akteure, Einschüchterungen, Korruption und Wahlmanipulation. Ein weiteres großes Problem ist die Vernachlässigung der Opfer in diesem Teil-Friedensprozess und die ungelöste Entschädigungsfrage.

Präsident Uribe hat in der Bevölkerung weiterhin ein hohes Ansehen (mehr als 70 Prozent Zustimmung) trotz der vielen aufgedeckten Verbindungen zwischen Paramilitärs und Politikern, die ihn unterstützen. Die Doppelstrategie zwischen einer harten Hand gegen illegale Gruppen, besonders gegen die FARC, und Verhandlungsangeboten sowohl gegenüber den Paramilitärs als auch gegenüber der ELN und der FARC haben seine Glaubwürdigkeit bisher gestärkt. Für die nächsten Präsidentschaftswahlen 2010 ist keine charismatische Führungsperson in Sicht, die in seine Fußstapfen treten und das Land einen weiteren Schritt näher an den Frieden bringen könnte. Uribe selbst hat bisher versäumt, politische Strukturen aufzubauen, die seine Erfolge über seine Amtszeit hinaus garantieren könnten.

Projektbeispiele

a) *CONCORDIA – Friedenskräfte bündeln*

In Kolumbien hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Mai 2007 in eine landesweite Schirmorganisation eingebracht mit dem Namen „Nationales System für Versöhnung, Zusammenleben und Friedenskultur“ – CONCORDIA. Darin sind alle Akteure des Landes vertreten, die sich in einer Form oder der anderen in den Friedensprozess einbringen, darunter nationale und internationale NGOs, politische Stiftungen, Kirchen und das an die UN-Friedensuniversität angegliederte *Centro Mundial de Investigación y Capacitación Para la Solución de Conflictos*.

Die Initiative ging vom kolumbianischen Innen- und Justizministerium aus, das den Zusammenschluss logistisch und finanziell unterstützt. Alle Mitglieder haben im Sommer eine Erklärung unterzeichnet, in der Grundlagen und Forderungen eines friedlichen Zusammenlebens festgeschrieben sind. Die KAS ist mit einer Handvoll Organisationen im Führungsgremium von CONCORDIA aktiv. Im weiteren aktiven Umfeld sind etwa 18 zivile und öffentliche Organisationen vertreten.

Ziel ist es, möglichst umfassend alle Akteure der kolumbianischen Gesellschaft in einem Friedensprozess zu bündeln, darunter den öffentlichen und den privaten Sektor, Verbände, Bürgerinitiativen, Medien und andere Organisationen der Zivilgesellschaft. Außerdem soll CONCORDIA damit die Funktion eines Bindeglieds zwischen Anstrengungen der Regierung und der Gesellschaft übernehmen.

Angeichts der Vielzahl durchgeführter Projekte entstand der Bedarf an einer zentralen Plattform, mit deren Hilfe sich die unterschiedlichen Partner besser informieren und koordinieren können. Zu diesem Zweck ist die Konrad-Adenauer-Stiftung an dem Aufbau einer Webseite beteiligt, in der zunächst ein Austausch über durchgeführte Veranstaltungen, positive Erfahrungen, aber auch aufgetretene Probleme möglich ist. In einem weiteren Schritt soll sich die Homepage mittelfristig zu einer interaktiven Plattform weiterentwickeln, an der alle Bürger partizipieren können. Neue technische Möglichkeiten wie Diskussionsforen, Blogs oder Videokonferenzen können dann direkt von Bürgern genutzt werden, sodass zum Beispiel auch Gemeinden in die Lage versetzt werden, direkt Erfahrungen bei der Resozialisierung von Kämpfern oder ähnlichen Themen auszutauschen.

Diese Initiative beabsichtigt, den Aktionsradius zur Erlangung des Friedens zu vergrößern und öffentliche Maßnahmen anzuregen, die im ganzen Land und in allen gesellschaftlichen Schichten begleitet werden sollen. Die Grundsätze des Systems sind der Wert des Lebens und die Schaffung von Vertrauen als humanistische und soziopolitische Pfeiler, deren Aufbau nur im Rahmen eines kulturellen Wandels möglich ist.

b) Gelebte Versöhnung – Erfahrungen aus El Salvador als Beispiel für Kolumbien

Die KAS Kolumbien hat mit einem konkreten Beispiel gelebter Versöhnung im April und Oktober 2007 landesweit ein Echo in allen wichtigen kolumbianischen Medien auf nationaler und regionaler Ebene ausgelöst, auch auf Titelseiten. In Foren (zum Teil mit kolumbianischen Entführungsoffern und deren Angehörigen), Interviews und Talkshows berichteten zwei „Versöhnte“ aus El Salvador von ihrer bewegenden Geschichte.

Das Entführungsoffer Jaime Hill und der Ex-Guerillero Juan Ramón Medrano traten auf Einladung der KAS in Kolumbien zum ersten Mal in ihrem Leben gemeinsam auf und erzählten ihre persönliche Geschichte der Vergebung und Versöhnung. Dabei zeigten sie Parallelen und Unterschiede zwischen El-Salvador und Kolumbien auf.

Der Unternehmer Hill und der spätere Parlamentsabgeordnete Medrano legten dar, wie Vergebung trotz großen Leids und Hassgefühlen möglich ist. Heute arbeiten sie gemeinsam in einer Stiftung zur Wiedereingliederung krimineller Jugendlicher. Beide haben sich nach dem Friedensvertrag von 1992 persönlich dafür eingesetzt, dass der Bürgerkrieg in El Salvador beendet und die Versprechen seitens der Guerilla

sowie der Unternehmer in der Postkonflikt-Ära eingelöst wurden. Ihre Auftritte sollten Kolumbianer zum Nachdenken bewegen und inmitten vieler negativer Schlagzeilen einen Hoffnungsschimmer aufzeigen.

Hill machte in seinen Reden deutlich, dass er sich nicht nur als Opfer, sondern auch als Täter fühlt. Erst durch seine Entführung habe er sich auf die soziale Verantwortung als Unternehmer besonnen und diese schließlich in Stiftungsarbeit umgesetzt. Zuvor hatte er, wie andere Unternehmer auch, die Kluft zwischen Arm und Reich ignoriert. Damit sandte er ein wichtiges Signal an die Unternehmer Kolumbiens, wo ähnliche Probleme sozialer Ungerechtigkeit bestehen. Hill sagte, wer in Würde sterben wolle, müsse vergeben. Dies sei die beste Entscheidung seines Lebens gewesen, denn damit habe er sich von einer sehr großen Last befreit. Ein wahrer Mann habe die Stärke zu vergeben.

Zunächst hatte Hill in Rachegefühlen Auftragskiller engagiert, um die verantwortlichen Kommandanten der Guerilla (Revolutionäre Volksbefreiungsarmee, ERP) zu ermorden, während diese sich zu Friedensverhandlungen in Mexiko aufhielten. In letzter Minute jedoch änderte Hill seine Entscheidung und lud die Führungsspitze der Guerilla stattdessen zu einem Abendessen in sein Haus ein. Sie kamen, und in dieser Nacht begann sich der salvadorianische Friedensvertrag mit Leben zu füllen.

Die KAS hat mit dieser Initiative eine nachhaltige Debatte in Kolumbien angeregt. Noch heute fragen Journalisten nach den Kontakten von Hill und Medrano, um mit ihnen Interviews zu führen und ihre Geschichte auf Kolumbien anzuwenden. Durch den Erfolg der ersten Auftritte im April in Bogotá, Cali und Medellín wurde im Oktober ein weiteres Forum in Cartagena veranstaltet – diesmal bereits im Rahmen der Zusammenarbeit mit der oben erwähnten Initiative CONCORDIA.

Entwicklungspolitischer Kontext

Ein Friedensabkommen zwischen den beteiligten Konfliktparteien ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine nachhaltige Stabilisierung und Krisenprävention. Darüber hinaus müssen innerhalb der Bevölkerung Anstrengungen unternommen werden, das zukünftige Zusammenleben mit einer Friedenskultur zu beleben, in der Themen wie Versöhnung und Integration aller gesellschaftlichen Schichten ihren erforderlichen Platz finden. Eine unerlässliche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Medien, deren Aufgabe sich in (Post-)Konfliktsituationen dabei nicht nur in der Vermittlung zwischen

Regierung und Bürgern erschöpft. Vielmehr sind sie auch als Integrationsmedium zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen dringend gefragt.

Kontakt:

KAS-Länderbüro Kolumbien

Auslandsmitarbeiter: Dr. Carsten Wieland

carsten.wieland@kas.org.co

2.3. BEISPIELE DER FRAUENFÖRDERUNG: SENEGAL

Trotz mehrfach bekräftigten und niedergeschriebenen Gleichheitsgrundsätzen haben Frauen national wie international wenig Entscheidungsbefugnis, wenn es über Friedensabkommen und Nachkriegsordnungen zu entscheiden gilt. Der internationale Blick richtet sich in Krisengebieten dabei primär auf ihre passive Rolle als Opfer von (männlichen) Kriegs- und Gewalthandlungen. Doch Frauen sind gleichwohl auch vielerorts als aktive Friedensakteurinnen und Wegbereiterinnen von Versöhnungsprozessen engagiert.

In der Regel hat die Beteiligung von Frauen an der Konsolidierungsarbeit paradoxerweise genau zum wichtigsten Zeitpunkt, also in der (unmittelbaren) Nachkriegssituation, wenig Aussicht auf Erfolg. Das häufig extrem konservative und patriarchalische System kann sich in dieser Zeit wieder durchsetzen und etablieren, sodass Frauen politische Mitspracherechte im Friedensprozess, geschweige denn eine Partizipa-

tion an der Nachkriegsregierung, verwehrt bleiben. Dies wirkt der häufig gemachten Beobachtung entgegen, wonach die weibliche Bevölkerung die Ausnahmesituation Krieg vielfach nutzt, sich politisch und sozial zu engagieren und wirtschaftlich zu emanzipieren. Doch viele dieser „Privilegien“ und Initiativen finden nach dem Ende der Kampfhandlungen ein jähes Ende, weil die politische Verantwortung für den Neuanfang in erster Linie männlichen Eliten übertragen wird.

Im Senegal sind Frauen in Führungspositionen eher die Ausnahme. Dennoch zeichnet sich das westafrikanische Land mit einer vergleichsweise hohen weiblichen Beteiligung an politischen Entscheidungen aus. So gibt es auf kommunaler Ebene bereits zunehmend Bürgermeisterinnen, im nationalen Parlament erreichen die Frauen einen Anteil von 20 Prozent und auch im 39-köpfigen Kabinett gibt es zwölf Ministerinnen. Die Gründe für die seit der Unabhängigkeit 1960 anhaltende Stabilität und den Aufbau demokratischer und rechtstaatlicher Strukturen sind sicherlich in dieser positiven Entwicklung zu sehen. Zudem versuchen die mehrheitlich von Frauen geführten zivilgesellschaftlichen Organisationen auch im einzigen Konflikt des Landes, in der Casamance, immer wieder Friedensverhandlungen neu zu initiieren und zwischen den Rebellen und der Zentralregierung zu vermitteln.

Projektbeispiel

Das Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgt im Senegal die direkte Zielsetzung einer verstärkten Integration von Frauen. Hier werden zum



Frauenveranstaltung in Thies, Senegal 2006

Beispiel Seminare und Workshops angeboten, in denen sich die Teilnehmerinnen über ihre Rolle in Prozessen der Konfliktlösung und Friedenserziehung austauschen können. Den vielfältigen Frauenorganisationen wird damit die Möglichkeit gegeben, sich zu vernetzen und besser voneinander zu profitieren, sodass sie zusammen einen noch höheren Einfluss auf männlich dominierte Strukturen ausüben können.



Senegalesische Sängerin, die mit Hilfe eines Kleinkredits ihre erste CD produzieren konnte und heute zu den Celebritäten in Senegal gehört.

Darüber hinaus ist die Konrad-Adenauer-Stiftung vielerorts in Programme involviert, in denen Frauen und Männer gemeinsam für die unterschiedliche Geschlechterperspektive in allen Strategien der Konfliktbeilegung und der Friedenssicherung sensibilisiert werden sollen. Besonders im patriarchalischen Afrika scheint dies für ein demokratisches und friedliches Zusammenleben unerlässlich zu sein.

Das Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung orientiert sich dabei nicht an den weitverbreiteten Vorurteilen, wonach Frauen „genetisch“ das friedfertige(re) Geschlecht seien. Vielmehr bestätigen zahlreiche Studien, dass es diesem Geschlecht aufgrund seiner spezifischen Sozialisation, sowie der damit verbundenen Lebensbedingungen und Erfahrungen in der Regel leichter fällt, politische, religiöse und ethnische Barrieren durch seine erhöhte Kommunikations- und Kompromissbereitschaft zu überwinden.

Entwicklungspolitischer Kontext

Weltweit und in jeder Gesellschaft sind Frauen seit Generationen als Friedenserzieherinnen bekannt, denn abseits formeller Kanäle und Strukturen haben sie sich in der Rolle der Friedensstifterinnen und Krisenmanagerinnen längst etabliert und bewährt. Mit der im Oktober 2000 verabschiedeten Resolution 1325 hat der UN-Sicherheitsrat dieses auf hoher politischer Ebene lange vernachlässigte Potenzial nun auf die internationale Agenda gehoben. Im Kern beinhaltet diese völkerrechtlich verpflichtende Forderung die soge-

nannten drei P's: Prävention von Kriegen, Protektion vor sexualisierter Gewalt und eine stärkere Partizipation von Frauen auf allen Ebenen der institutionellen Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten. Diesen vielversprechenden Rahmen für die Einbindung von geschlechterspezifischen Erfahrungen bei wichtigen Entscheidungen gilt es intensiv zu nutzen. Die Integration von geschlechtsspezifischen Perspektiven und Maßnahmen in Friedens- und Entwicklungsprozesse erscheint dringender denn je. Der gesamte entwicklungspolitische Planungshorizont muss sich um diese Komponente erweitern, denn gerade im Bereich der zivilen Krisenprävention hat die Genderperspektive elementare Bedeutung, mit deren Hilfe man Ursachen, Ausprägungen und Auswirkungen von internationalen Konflikten besser analysieren und Hilfsprojekte wirksamer, nachhaltiger und passgenauer gestalten kann. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat hierzu mit der Einführung der Gender(G)-Kennung zur Beurteilung von Entwicklungsmaßnahmen auf ihre Genderwirkungen hin einen wichtigen Schritt nach vorne gemacht.

Kontakt:

KAS-Länderbüro Senegal

*Auslandsmitarbeiter: Dr. Karsten Dümmel
buero@kas-dakar.de*

2.4. BEISPIELE DER VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG: UKRAINE UND RUSSLAND

Die osteuropäischen Gesellschaften befinden sich seit dem sowjetischen Systemzusammenbruch 1989/90 noch immer in einem tiefen Transformationsprozess, der vor allem durch eine nur zögernd angegangene Geschichtsaufarbeitung überschattet und teilweise auch behindert wird. Der Prozess einer breiten öffentlichen Diskussion über die verschiedenen kontroversen Themen der eigenen Geschichte innerhalb dieser Zeit hat erst begonnen und die Konrad-Adenauer-Stiftung stärkt mit ihrem Engagement jene zivilgesellschaftlichen Kräfte, die einen Beitrag zur historischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur leisten wollen.

Projektbeispiele

Ukraine: Im Mittelpunkt der geförderten öffentlichen Auseinandersetzung mit totalitären Ideen und Strukturen steht die Frage, wie man den Umgang mit der eigenen Vergangenheit so gestalten kann, dass sich ein demokratisches Bewusstsein frei entfalten kann und damit eine dauerhafte Friedenskonsolidierung gewährleistet wird. Demgemäß veranstaltet die Konrad-

Adenauer-Stiftung in der Ukraine regelmäßig Seminare, in der sich Historiker und Vertreter der jungen Zivilgesellschaft kritisch mit weitverbreiteten Mythen und Fakten der eigenen Rolle im kommunistischen System auseinandersetzen.

Russland: Die Ausmaße der vergangenen Verbrechen sind großen Teilen der Bevölkerung auch in Russland nicht bewusst, sodass hier mit Ausstellungen und Diskussionsrunden versucht wird, die breite Öffentlichkeit mit den Schrecken der sowjetischen Herrschaft zu konfrontieren. Nur die Entlarvung von verklärten Geschichtsbildern kann der Glorifizierung der eigenen totalitären Vergangenheit entgegenwirken und somit die Neuorientierung in eine demokratische und friedliche Zukunft garantieren.

Entwicklungspolitischer Kontext

Mit der Ausrichtung ihrer Maßnahmen an entwicklungspolitischen Zielsetzungen zur Krisenprävention und der völkerrechtlichen Verpflichtung zur Aufarbeitung schwerer Menschenrechtsverletzungen trägt die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren Teil dazu bei, dass sich die jungen Demokratien stabilisieren können und sich ein innergesellschaftlicher Frieden einstellt. Damit werden die demokratisch engagierten Kräfte auch weiterhin unterstützt und mit ihrem oftmals schwierigen Engagement nicht allein gelassen.

Kontakt:

KAS-Länderbüro Ukraine
Auslandsmitarbeiter: Nico Lange
N.Lange@adenauer.kiev.ua

KAS-Länderbüro Russland (St. Petersburg)
Auslandsmitarbeiterin: Elisabeth Bauer
kasspb@online.ru

2.5. BEISPIEL DES INTERRELIGIÖSEN DIALOGS: BOSNIEN-HERZEGOWINA

Bei den Konflikten auf dem Balkan, so lautet eine gängige Annahme, handelte und handelt es sich noch heute um Auseinandersetzungen, die sich primär durch die Unterschiede zwischen den verschiedenen religiösen Identitätsräumen definieren lassen. Speziell die Erfahrungen in Südosteuropa widersprechen somit den Schlussfolgerungen einer Säkularisierungsthese, wonach der Faktor Religion mit zunehmender Modernisierung seine Bedeutung verliert oder gar gänzlich verschwindet. Denn gerade nach dem Ende des sozialistischen Regimes richtet sich die Aufmerksamkeit wieder verstärkt auf dieses Thema, was vor allem in

der vielfach konstatierten Rückkehr der Religionen in den öffentlichen Raum begründet liegt.

Es kann in diesem Zusammenhang nicht bestritten werden, dass religiöse Formen der kulturellen Identität ein wichtiger Faktor in den gewaltsamen Auseinandersetzungen darstellten. Ebenso deutlich muss aber auch betont werden, dass speziell im Balkan immer auch politische und wirtschaftliche Interessenkonflikte im Gewand nationaler und zugleich religiöser Differenzen ausgetragen wurden.



Höchste religiöse Würdenträger Bosnien-Herzegowinas

Bevor der religiöse Faktor einseitig als Triebkraft für Hass und Gewalt abgewertet wird, sollte bewusst gemacht werden, dass besonders das Engagement der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Vergangenheit auch und vor allem der Herstellung von Frieden und Gerechtigkeit diene. Im Rahmen einer nachhaltigen Friedenskonsolidierung ist es also geboten, den interreligiösen Dialog für die Entschärfung, Bearbeitung und Lösung von Konflikten zu fördern.

Projektbeispiel

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt in Bosnien-Herzegowina den konstruktiven Dialog der Religionen. In Partnerschaft mit dem Interreligiösen Rat Bosnien-Herzegowinas (IRR) wird hier mit den höchsten Würdenträgern der Katholischen und Serbisch-Orthodoxen Kirche und der Jüdischen und Islamischen Gemeinschaft kooperiert. Diese Zusammenarbeit trug u.a. dazu bei, ein neues Religionsgesetz einzuführen, welches wieder Existenz und Rechte der Kirchen und Religionsgemeinschaften sicherstellt, sowie ausdrücklich das Recht auf Religionsfreiheit gewährt. Anschließend wurde in öffentlichen Diskussionsrunden, unter Einbeziehung der zuständigen Ministerien, Politiker und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, dieses für alle Religionsgemeinschaften gleichermaßen bedeutende Gesetz vorgestellt und damit eine landesweite Sensibilisierung der Bevölkerung für die Religionsfreiheit erreicht. Aus dieser fruchtbaren Zusammenarbeit entspringen auch die regelmäßigen interreligiösen Begegnungen junger Theologen an den vier

verschiedenen theologischen Fakultäten, in denen gemeinsam über aktuelle Themen wie das Verhältnis zwischen Staat und Religion diskutiert wird. Gerade die Einbeziehung der nächsten Generation von Vertretern der Glaubensgemeinschaften, soll in Zukunft dazu beitragen, den interreligiösen Dialog verstärkt auf die Ebene der lokalen Gemeinden zu bringen, denn gerade dort, wo sich nicht Lehrgebäude, sondern Menschen mit ihren Ängsten, trennenden Erfahrungen des Krieges und gegenseitigen Vorurteilen begegnen oder vielmehr meiden, ist dieses Engagement besonders wichtig.

Mit dem Aufbau eines Interreligiösen Instituts Bosnien-Herzegowinas (IRI) unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung zudem eine einzigartige Institution, die sich für ein friedliches Zusammenleben unter Einbeziehung aller Religionen engagiert. Anknüpfend an die deutschen Erfahrungen mit den kirchlichen Bildungs- und Begegnungshäusern, wurde damit eine Stätte des Zusammenkommens und ein Forum des Gesprächs zwischen den Religionsanhängern unter der Ägide der vier traditionellen Kirchen und Religionsgemeinschaften etabliert. Damit soll eine weitere Brücke zwischen den Glaubensgemeinschaften geschlagen werden.

Eine Reihe von unterschiedlichen Bildungsmaßnahmen und Publikationen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene sprachen das Verhältnis zwischen Religion und Gesellschaft und Religion und Staat an. Dazu gehören Themen wie „Medien und Religion“, „Religion und Säkularstaat“ oder „Religion und europäische Integration“. Die Achtung vor seinem Gegenüber und das Wissen, dass eben jeder das Recht besitzt, anders zu sein, bilden dabei die Grundlage jedes interreligiösen Austausches. Bei solchen Dialogprozessen geht es daher immer um die dringend notwendige Versöhnungsarbeit. Insbesondere Bosnien-Herzegowina schaut in diesem Zusammenhang auf eine reiche Tradition der interreligiösen Zusammenarbeit und fried-

lichen Koexistenz zurück, die es angesichts des vergangenen Missbrauchs von Glaubensvorstellungen zu politischen Zwecken nun als Instrumente der Stabilisierung und Integration des Staates zu betonen und stärken gilt.

Entwicklungspolitischer Kontext

Eine gute, offene und produktive Gemeinschaft entsteht nicht von selbst. Sie braucht die gemeinsame Anstrengung der staatlichen Institutionen, der Kirchen und Religionsgemeinschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie das Engagement der einzelnen Bürger. Darum kann der angestoßene Dialog der Religionen nur den Anfang eines Dialogs der Gesellschaften darstellen, der über den interreligiösen Austausch hinausgeht.

Die breite gesellschaftliche Selbstbestimmung verlangt einerseits Respekt und Wertschätzung der anderen Gruppe, schließt jedoch andererseits kritische Fragen und Diskussionen nicht aus. Gerade die Offenheit, das Eigene nicht zu verstecken, aber das verbindende Mögliche zu entdecken, braucht es angesichts virulenter Vorurteile und Feindbilder in der Zukunft. Hier können die Kirchen und Religionsgemeinschaften noch größere gemeinsame Verantwortung übernehmen und unterhalb verschiedener Glaubensvorstellungen praktische Entscheidungen treffen, die ein konfliktfreies Begegnen und Zusammenleben in Bosnien-Herzegowina ermöglichen. Alle Religionen bergen große Friedenspotenziale in sich. Genau diese Kräfte gilt es, intensiver als bisher für Stabilität und Entwicklung zu mobilisieren.

Kontakt:

KAS-Länderbüro Bosnien-Herzegowina

Auslandsmitarbeiterin: Dr. Christina Catherine Krause
christina.krause@kasbih.com



In Bosnien-Herzegowina wird die Zusammenarbeit der christlichen, jüdischen, muslimischen und serbisch-orthodoxen Religionsgemeinschaften gestärkt.